

Überwältigende Mehrheit

Dr. Christian Öttl bleibt Bundesvorsitzender des FVDZ

Mit überwältigender Mehrheit – 109 von 115 abgegebenen Stimmen – ist der Münchner Zahnarzt Dr. Christian Öttl als Bundesvorsitzender des Freien Verbands Deutscher Zahnärzte (FVDZ) wiedergewählt worden.

Der Bundesvorstand wird künftig nur noch mit sieben statt elf Mitgliedern arbeiten. Dies hatte die Hauptversammlung des FVDZ bereits im vergangenen Jahr aus Effizienz- und Kostengründen beschlossen. Öttl zeigte sich allerdings optimistisch: „Sie haben mir ein hervorragendes Team an die Seite gestellt, und wir werden unsere Aufgaben, die wir in den vergangenen zwei Jahren angepackt haben, weiterführen“, betonte er nach der Wiederwahl.

Die Jubiläums-Hauptversammlung zum 70-jährigen Bestehen des FVDZ fand Anfang Oktober in Berlin statt. 125 Delegierte des FVDZ aus allen Bundesländern



Der frisch gewählte Bundesvorstand des FVDZ wird von 2025 bis 2027 die Amtsgeschäfte führen: v.l.n.r. Damian Desoi, Anne Szablowski, Dr. Kai-Peter Zimmermann, die neue stv. Bundesvorsitzende Dr. Jeannine Bonaventura, Bundesvorsitzender Dr. Christian Öttl, Dr. Elisabeth Triebel sowie Prof. Dr. Thomas Wolf.

bestimmten die weitere politische Ausrichtung. Im Mittelpunkt standen Anträge zu gesundheitspolitischen Themen von Niederlassungsstrukturen und Nachwuchsförderung über Digitalisierung und

Bürokratieabbau bis hin zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung und zur Budgetierung.

Redaktion KZVB

Die Politik muss jetzt handeln

KVB und KZVB fordern Maßnahmen gegen Praxissterben



Die Kassenärztliche und die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KVB und KZVB) ziehen in Bayern an einem Strang. Regelmäßig tauschen sich Vorstände und Führungskräfte miteinander aus. Und das ist gut so. Denn eine überbordende Bürokratie, Spargesetze und die Telematik-Infrastruktur belasten sowohl die niedergelassenen Ärzte als auch die Zahnärzte. Der KVB-Vorsitzende Dr. Christian Pfeiffer und der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott sind sich einig, dass die Politik jetzt handeln muss, um ein Praxissterben zu verhindern. Die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Expertenkommission soll erst Ende 2026 Ergebnisse vorlegen – viel zu lang aus Sicht der beiden Körperschaften.

Redaktion KZVB